

FORUM

Wie die EU stärker wird

Die Gemeinschaft braucht Dezentralisierung und muss den Einfluss der Bürger stärken. *Von Reiner Eichenberger und David Stadelmann*

Die EU steht vor gewaltigen Herausforderungen. Zwar sind ihre Ziele klar: Sie soll ein freiheitlicher, vielfältiger, friedlicher Wohlstandsraum sein. Wie diese Ziele erreicht werden können, ist hingegen weitgehend unklar. Viele Politiker beten das Mantra von „mehr Europa“ mittels massiver Zentralisierung. Andere predigen mit „weniger Brüssel“ das genaue Gegenteil. Wir plädieren, dass die EU sowohl wirksamere dezentrale als auch zentrale Institutionen braucht.

Das Wohl von Staaten-Unionen hängt davon ab, dass die einzelnen Mitgliedsstaaten ähnlich effektive politische Institutionen haben. Das zeigen die Erfahrungen der USA und der Schweiz. Um effektive regionale und nationale Institutionen zu erreichen, müssen die EU-Mitgliedsländer ernsthafte Dezentralisierungsreformen angehen und ihren Regionen sowie Gemeinden weitreichende Autonomie mit echten Besteuerungs- und Ausgabekompetenzen gewähren.

Ein Hauptgrund für Korruption, tiefe Steuermoral sowie schlechte regionale und lokale Standortpolitik in vielen EU-Ländern ist Überzentralisierung. Oft fließt fast das gesamte Steueraufkommen zuerst in die Hauptstadt, von wo es dann nach einem undurchschaubaren Verteilungskampf weitgehend unabhängig vom lokalen Steueraufkommen zurück in die Regionen und Gemeinden fließt. Folglich sind die Bürger kaum motiviert, Steuern zu zahlen und die

Zahlungen ihrer Mitbürger zu kontrollieren. Das zerstört die Steuermoral, und Steuerhinterziehung wird sozial anerkannt. Ähnlich untergräbt Überzentralisierung die Anreize der Regional- und Lokalpolitiker zu guter Standortpolitik. Dabei bringt schon eingeschränkte Steuerautonomie grundlegende Verhaltensänderungen. Illustrativ ist das erfolgreiche Südtirol: Als autonome Region Italiens hat es dessen problematische Steuergesetze, aber das Steueraufkommen bleibt im Südtirol. Entsprechend sind die Steuermoral und die Anreize der Politiker zu guter Standortpolitik hoch. Dezentralisierung kann auch asymmetrisch sein und einzelnen Gebietskörperschaften mehr Autonomie als anderen geben. So stehen zum Beispiel spanische Regionen mit besonders großer Autonomie – insbesondere das Baskenland und Navarra – besser da als die von Madrid abhängigen Regionen.

Der Einfluss der Bürger auf die Politik muss durch den Ausbau von Bürgerbeteiligung mittels direkt-demokratischen Instrumenten erhöht werden. Illustrativ für

die Chancen und Möglichkeiten direkter Demokratie sind nicht nur die Schweiz, sondern auch die deutschen Bundesländer Bayern und Hamburg, wo seit 1995 die direkte Demokratie auf lokaler Ebene mit großem Erfolg massiv gestärkt wurde.

Auch der repräsentativ-demokratische Wettbewerb muss erhöht werden. Dafür sollte ein kompetitiver „Markt für gute Politik“ geschaffen werden, in dem insbesondere Wohnsitzvorschriften für Kandidaten bei Wahlen aufgehoben werden. Heute dürfen in fast allen Ländern, Regionen und Gemeinden nur jene Politiker für politische Ämter kandidieren, die in der betreffenden Gebietskörperschaft ihren Wohnsitz haben. Durch diese protektionistische Vorschrift werden die einheimischen Politiker vor Konkurrenz durch auswärtige Kandidaten geschützt. Wenn Politiker leicht in anderen Gebietskörperschaften kandidieren können, werden ihre Anreize gestärkt, eine bürgerorientierte Politik zu betreiben und eine positive Reputation aufzubauen – so wie das etwa in Baden-Württemberg der Fall ist.

Neben den dezentralen sind auch die zentralen Institutionen für EU-weite Belange zu stärken. Das bedingt, dass die wichtigsten Entscheidungen auf EU-Ebene von volksgewählten Politikern vorbereitet, getroffen und umgesetzt werden. Dazu sollte aber keinesfalls ein System wie in den USA mit einem einzelnen starken Entscheidungsträger eingeführt werden, wichtige Entscheidungen müssen durch mehrere Personen getroffen werden. Ideal für ihre Wahl ist ein weltweit bisher selten verwendetes Verfahren: die direkte Volkswahl mehrerer Entscheidungsträger zeitgleich, jeweils im Mehrheitsverfahren in einem einzelnen Wahlkreis. Dieses Verfahren ist bisher fast nur in der Schweiz zur Wahl der Kantons- und Kommunalregierungen gebräuchlich. Es ist eine der Hauptursachen für die hohe politische Stabilität der Schweiz und die sogenannte Konkordanz, das heißt, dass Politiker aus allen größeren Parteien zugleich in der Regierung sind und trotzdem gut zusammen arbeiten.

Das Mehrheitswahlverfahren in einem mehrsitzigen Wahlkreis gäbe allen Poli-

kern starke Anreize, mehrheitsfähige Positionen in der Mitte des politischen Spektrums und im Interesse aller Länder beziehungsweise der ganzen EU zu vertreten. Dank der EU-Sprachvielfalt müssten solche Politiker erst recht durch gute Politik statt nur durch schöne Reden glänzen.

Bei Entscheidungen auf EU-Ebene bestehen selbst mit dem besten Wahlverfahren massive Informations- und Kontrollprobleme. Dagegen gibt es ein wirkungsvolles Rezept: Von den Bürgern wiederum im Mehrheitswahlverfahren direkt gewählte Informations- und Kontrollgremien, die zwar nichts selbst entscheiden können, aber vor und nach Entscheidungen alles kritisieren und Alternativvorschläge einbringen dürfen. Solche in gewissem Sinne besonders starke Rechnungshöfe spielen in vielen US-Bundesstaaten und in den Schweizer Gemeinden eine fruchtbare Rolle. Anders als Oppositionsparteien haben sie Anreize zu konstruktiver Kritik, weil sie als gute Kritiker wiedergewählt werden wollen.

Die Stärkung der zentralen Institutionen muss durch Mechanismen begleitet werden, um die mit ihnen einhergehenden Gefahren und den zu erwartenden Ausgabendruck zu bannen. Strikte Schuldenbremsen sind dazu dienlich. Daneben sollten die Bürger auch auf EU-Ebene die Möglichkeit erhalten, die Politik und insbesondere die Institutionen aktiv durch bindende Bürgerinitiativen mitzugestalten.

Eine solche Entwicklung der EU würde den Bürgern aller Länder nützen. Sie würde die Unterschiede zwischen den Ländern und Regionen mindern. Natürlich wenden manche Politiker ein, die EU könne doch nicht in die Institutionen der Mitgliedsländer eingreifen. Das sehen wir anders: Über solche Eingriffe sollten genau nicht die Politiker entscheiden, die oft Profiteure der alten ineffektiven Strukturen sind, sondern die Bürger selbst. Wetten, dass sie für echte Dezentralisierung und mehr Bürgereinfluss und so für eine große Zukunft der EU optieren würden?



Prof. Dr. Reiner Eichenberger (links) ist Professor für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Fribourg und Forschungsdirektor von CREMA (Center for Research in Economics, Management and the Arts). Prof. Dr. David Stadelmann ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth, Research Fellow von CREMA und Mitglied des Walter-Eucken-Instituts.